

man die Grundlagen für ein Deutschland des Friedens schafft, dann können wir darüber hinaus mit Recht folgendes sagen: Wir verstehen Europa und die Welt, daß sie Sicherheiten erwarten, damit in Zukunft die Nachbarländer nicht mehr kriegerisch von einem Deutschland überfallen werden können. Ich glaube, sagen zu können: Wenn man in ganz Deutschland so handeln würde, wie wir es in Sachsen und in der sowjetischen Zone tun und die Grundlagen für einen dauernden Frieden schafft, dann brauchte man, ohne sein Haupt zu erheben, dem Föderalismus und dem Separatismus nicht Rechnung zu tragen, dann brauchte man sein Vaterland nicht in dreizehn Provinzen aufzuteilen, von denen ja keine allein lebensfähig sein würde, man brauchte ja nur unserem Lande Sachsen zu folgen, dann ist der Frieden garantiert und die Welt sicher, daß dieses neue Deutschland und seine Männer, die die Geschicke ihres Vaterlandes in die Hand genommen haben, gewillt sind, die Garanten für einen dauernden Frieden zu sein. (Bravo!)

Ich glaube ferner, im Namen des Blocks erklären zu dürfen, daß bei uns der Wille vorhanden ist, weiter ersprießlich zusammenzuarbeiten. Die bisherige Zusammenarbeit hat viele von uns mit den bürgerlichen Parteien und deren Führern Freunde werden lassen. Wir wollen das zur gemeinsamen weiteren Arbeit im Dienste an unserem Volke und Vaterland benutzen.

Zu dem Punkt der Tagesordnung „Volksentscheid“ werden einige Aufklärungen gegeben werden.

Vizepräsident der Landesverwaltung Fischer:

Meine verehrten Damen und Herren!

Der Herr Landespräsident Dr. h. c. Friedrichs hat bereits die wichtigsten und bedeutendsten Marksteine unserer einjährigen Arbeit aufgezeigt. Alle die von ihm genannten Maßnahmen sind Schritte auf dem Wege der Demokratisierung unseres Landes, auf dem Wege zur Erreichung einer volksnahen Verwaltung, einer Verwaltung, die Ausdruck und Träger des Willens und des Strebens der breitesten Massen des schaffenden Volkes sein soll und sein muß. Diese Maßnahmen sind gekennzeichnet mit dem Stichwort: Beratende Ausschüsse.

Heute haben wir eine neue Etappe erreicht, nämlich die Beratende Versammlung, weiter die Kommunalisierung der Landkreise durch Umformung derselben auf die Rechte und Verfassung der Stadtkreise, ferner die Schulreform, dann weiter die Demokratisierung durch unmittelbare Anrufung des Volkswillens in den bevorstehenden Gemeindewahlen. Aber alle diese demokratischen Maßnahmen bedürfen einer ökonomischen Sicherung: Die Schaffung der Landesbank, die die Finanzkapitalisten und die Bankherren, diese starken imperialistischen Kriegstreiber, entmachtete, ferner die Bodenreform, die das Junkertum seiner Machtstellung entkleidete und die Brutstätte des preußisch-deutschen Militarismus für immer beseitigte, sind erfolgreiche Maßnahmen zur Sicherung der weiteren demokratischen Entwicklung, zur Sicherung der genannten demokratischen Maßnahmen. Die Abstrafung der Kriegs- und Naziverbrecher ist das letzte und vielleicht das wichtigste Glied in der Kette der Maßnahmen zur Sicherung der Demokratie. Diese Abstrafung, die das gesamte Volk im Volksentscheid vornimmt, entzieht den Kriegsverbrechern jede materielle Grundlage, ihre Betriebe, und gibt sie in den Besitz des Volkes, damit diese Betriebe nie wieder zur Vorbereitung eines neuen Völkermordes ausgenutzt werden können und damit die weitere demokratische Entwicklung in unserer Heimat nicht mehr gehemmt, aufgehalten oder gar beseitigt werden kann. In diesem Volksentscheid, der von den politischen Parteien und von dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund beantragt wurde, geht die gesamte Bevölkerung unseres Landes geschlossen vor. Alle gesellschaftlichen Organisationen sind zum Träger des Volksentscheides gewor-

den: Neben den politischen Parteien und dem FDGB die Freie Deutsche Jugend, die Frauenausschüsse, die Bauern der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe, kurz, alle gesellschaftlichen Kräfte unseres Landes. Nach gemeinsamen Verhandlungen des Präsidiums der Landesverwaltung und der Vertreter der Blockparteien mit den führenden Kirchenbehörden stellten sich auch die Kirchen aller Bekenntnisse in unserem Lande in die Reihe der Streiter für die gerechte Abstrafung der Kriegsverbrecher, für die Sicherung des Friedens, für den Volksentscheid. So gibt es also im ganzen Lande keine gesellschaftliche Schicht, die nicht am Gelingen des Volksentscheides mitwirkt.

Angesichts der Massengräber im Lager Zeithain kann das auch gar nicht anders sein! Denn eine Gegnerschaft gegen die Abstrafung der Kriegsverbrecher, ja, auch nur ein Abseitsstehen beim Volksentscheid hieße, sich mit den Mördern von Zeithain, mit diesen Gestapobestien, zu solidarisieren. Deshalb sind wir auch der festen Überzeugung, daß dieser Volksentscheid das wird, was er sein soll und werden muß: nämlich das Bekenntnis der Bevölkerung Sachsens zum Frieden, zur Sicherung des Friedens, zum friedlichen demokratischen Neuaufbau und damit vor aller Welt ein Zeugnis für die politische Reife unseres gesamten Volkes.

In der Vorbereitung des Volksentscheides galt es, in verhältnismäßig kurzer Zeit vom gesamten Verwaltungsapparat Höchstleistungen zu vollbringen, denn erst am 4. April dieses Jahres wurde vom Präsidium in enger Übereinstimmung mit den Vertretern der Blockparteien das Gesetz über Volksbegehren und Volksentscheid beschlossen. In ganz kurzer Zeit mußten nunmehr Stimmlisten und Stimmkarteien aufgestellt werden. Zum größten Teil mußten sie sogar ganz neu geschaffen werden, da für sie überall die notwendigen Unterlagen fehlten. Ja, wir konnten sogar die Zahl der Stimmberechtigten im Lande nur schätzen, denn die konkreten Unterlagen fehlten uns. Wir haben, wie Sie wissen, die Zahl der Stimmberechtigten mit dreieinviertel Millionen angenommen, eine Schätzung, die, wie es sich herausstellte, nicht zu niedrig ist. In kürzester Zeit wurden die Stimmlisten und die Stimmkarteien aufgestellt, da seit 13 Jahren, darunter 12 Jahren Naziherrschaft, im Lande keine wirklichen demokratischen Willensäußerungen des Volkes stattgefunden hatten. Außerdem sind vielfach die Unterlagen für die Stimmlisten durch Bombenangriffe, durch Kriegshandlungen, zerstört worden und schließlich hat die politische Katastrophe, in die die Herrschaft der Nazis unser Land geführt hat, eine vollständige Umschichtung in der Bevölkerung hervorgerufen.

Schon allein durch die mehr als 700 000 Umsiedler aus Polen, aus der Tschechoslowakei und aus den Ostgebieten, die im Lande angesiedelt wurden, hat sich eine grundlegende Veränderung der Bevölkerungsschichtung ergeben.

In den Gemeinden und Städten des Landes hat man die Aufgabe der Aufstellung der Wahllisten mit vollem Erfolg fristgemäß gelöst. Das konnte wiederum in dieser kurzen Zeit nur dadurch gelingen, daß die Verwaltungsorgane eng mit den politischen Parteien und den Gewerkschaften wie mit den anderen gesellschaftlichen Organisationen zusammenarbeiteten. Mit ganz wenigen Ausnahmen gelang es überall, die Stimmlisten fristgemäß am 7. Juni zur Auslage zu bringen. Allen denjenigen, die an dieser großen Arbeit mitgeholfen haben und die diese Aufgaben bewältigten, gebührt unser aller Dank. Nicht nur an der Aufstellung der Stimmlisten sind die Parteien und Gewerkschaften mit beteiligt, aus Vertretern der Parteien bestehen auch die Kommissionen, die die Einsprüche von solchen, denen das Stimmrecht abgesprochen wurde, zu entscheiden haben.

Eins ist allerdings tief bedauerlich, daß einer großen Gruppe unserer Bevölkerung das Wahlrecht nicht zugesprochen wurde. Ich denke an die Jugendlichen unter 21 Jahren. In unserem ursprünglichen Gesetzentwurf